

Kommunalpolitik | 05.10.2020 | Lesezeit 3 Min.

Kinderfreundlichkeit zahlt sich aus

Junge Menschen in das gesellschaftliche und politische Leben einzubeziehen, lohnt sich für Kommunen in vielerlei Hinsicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der IW Consult im Auftrag von UNICEF Deutschland. Allerdings hapert es vielerorts noch an der aktiven Beteiligung der Heranwachsenden.

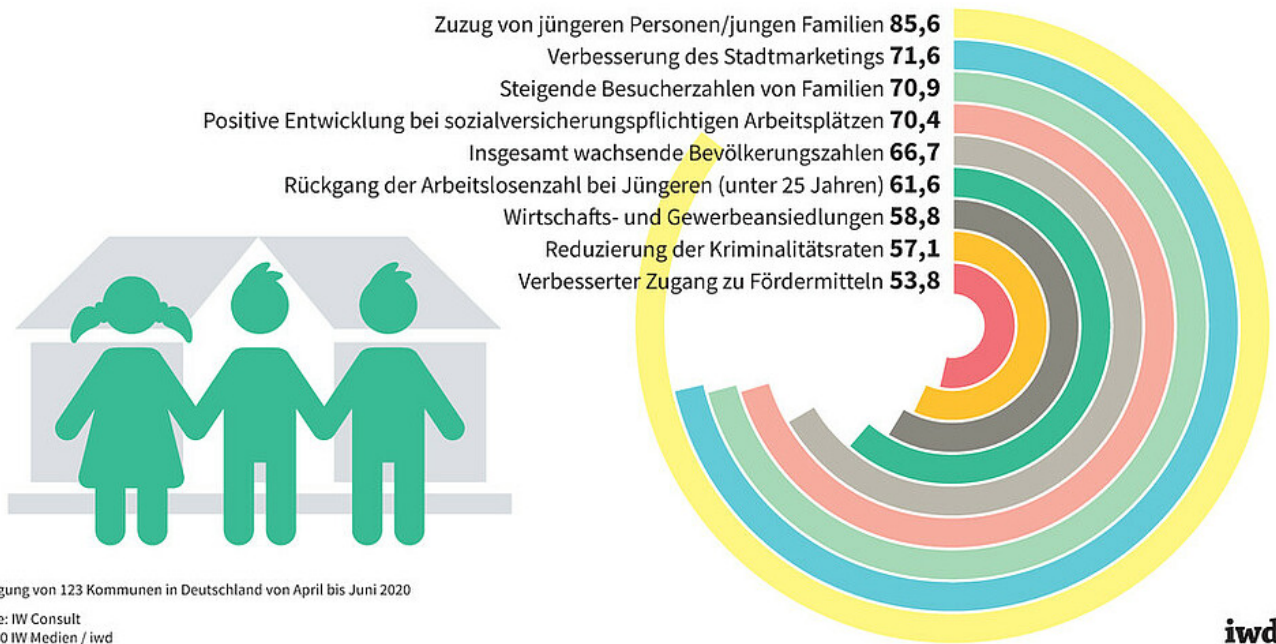
Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Kommune mitreden dürfen, etwa bei Kulturprojekten oder der Gestaltung von Grünflächen, wirkt sich das positiv auf das gesellschaftliche Leben aus, aber auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt oder Gemeinde. Zu diesem Ergebnis kommt eine von April bis Juni 2020 durchgeführte Studie der IW Consult im Auftrag von UNICEF Deutschland, für die 123 deutsche Kommunen zur Umsetzung von Kinderrechten befragt wurden.

Konkret geben drei von vier Kommunen an, in mindestens einem der zur Auswahl gestellten Bereiche von der Umsetzung kinderfreundlicher Maßnahmen profitiert zu haben – zum Beispiel durch den Zuzug junger Familien (Grafik):

Fast 86 Prozent der befragten Kommunen bestätigen, dass ihr Engagement für Kinderrechte den Zuzug von Jüngeren und Familien beflügelt hat.

Kinderfreundliche Maßnahmen lohnen sich

So viel Prozent der Kommunen in Deutschland geben an, dass sie durch die Stärkung von Kinderrechten bereits positive Auswirkungen in den jeweiligen Bereichen spüren



Vor allem für kleinere Städte ist dies eine positive Botschaft, da viele unter den Folgen des demografischen Wandels und einem anhaltenden Fachkräftemangel leiden. Der Zuzug junger Familien spült außerdem mehr Geld in die Kassen der Kommunen, da sich dadurch die Mittelzuweisung durch das Land erhöht. Darüber hinaus sehen die Gemeinden auch einen Zusammenhang zwischen der Umsetzung kinderfreundlicher Maßnahmen und dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung: 70 Prozent stellen positive Auswirkungen auf die Beschäftigung fest und 62 Prozent attestieren einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen.

Das größte Mitspracherecht haben Kinder und Jugendliche in ihrer Kommune in den Bereichen Spiel und Freizeit sowie Schule und Jugendeinrichtungen.

Es lohnt sich also in vielerlei Hinsicht, jungen Menschen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen und ihnen Mitspracherechte einzuräumen. Das hat der Großteil der Städte und Gemeinden bereits erkannt: Im Kinderrechtsindex, der die Beachtung von Kinderrechten in vielen unterschiedlichen Bereichen kommunaler Aktivitäten misst – etwa beim Zugang zu Bildung, bei der Nichtdiskriminierung, Freizeitangeboten und Partizipation – erreichten fast 45 Prozent der befragten Kommunen einen hohen Indexwert.

Etwa 33 Prozent der Kommunen kamen auf eine Punktzahl im Mittelfeld und nur 23 Prozent erreichten ein niedriges Ergebnis. Darüber hinaus bestätigten mehr als neun von zehn Gemeinden, dass sie dem Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen einen hohen Stellenwert einräumen.

Gleichwohl hapert es vielerorts noch an der Umsetzung:

Nur knapp die Hälfte aller Kommunen konnte einen entsprechenden Aktionsplan oder ein konkretes Maßnahmenpaket zur Verwirklichung der Kinderrechte vorweisen. Und nur ein Drittel bindet die Kinder und Jugendlichen hier aktiv ein.

Bei der aktiven Beteiligung von Heranwachsenden an relevanten Entscheidungen fehlt es oft an Instrumenten. Als häufigstes Mittel der aktiven Beteiligung werden Umfragen genannt: Immerhin nutzen rund 75 Prozent der Kommunen diese Form der Partizipation. Offene Versammlungsformen werden von knapp 59 Prozent der Städte und Gemeinden als Beteiligungsform genutzt, repräsentative Formen wie zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente hingegen nur von rund der Hälfte.

Dieses Problem der aktiven Beteiligung wird auch mit Blick auf die Bereiche deutlich, in denen junge Menschen in ihren Kommunen mitreden können (Grafik):

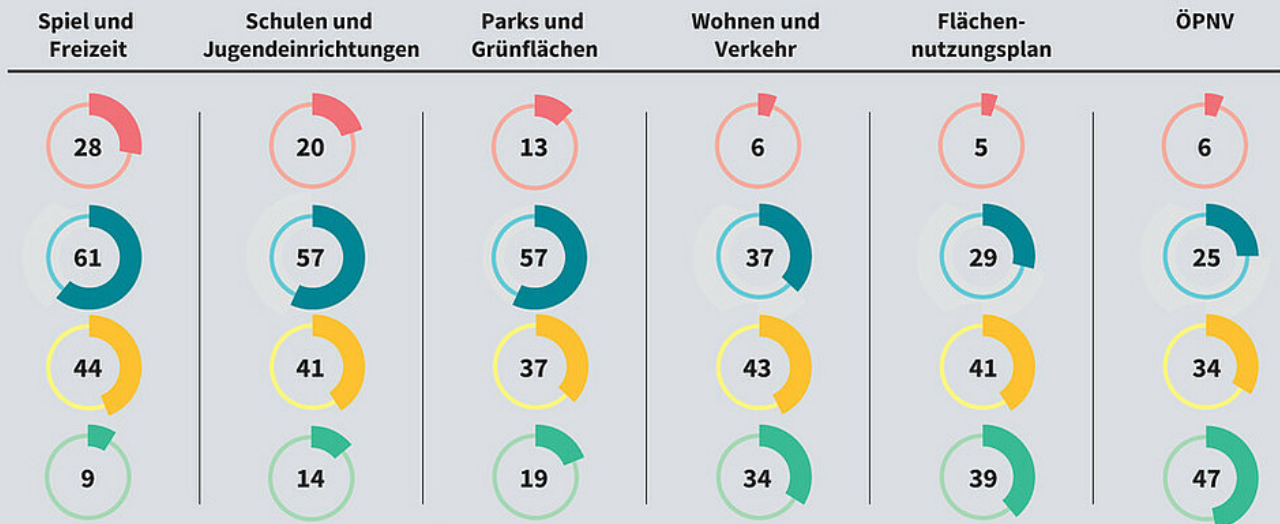
Das größte Mitspracherecht haben Kinder und Jugendliche in den Bereichen Spiel und Freizeit sowie Schule und Jugendeinrichtungen - weniger mitzureden haben sie dagegen in den Bereichen Wohnen und Verkehr.

Wo Kinder mitreden können

So viel Prozent der Kommunen in Deutschland geben an, Kinder und Jugendliche in diesen Bereichen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen



- Systematische Einbeziehung
- Punktuelle/ projektbezogene Einbeziehung
- Stellvertretende Einbeziehung z.B. durch Gutachter oder Jugendbeauftragte
- Keine dieser Formen



Systematische Einbeziehung: zum Beispiel durch Umfragen; Mehrfachnennungen
Befragung von 123 Kommunen in Deutschland zwischen April und Juni 2020

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Doch selbst im Bereich Spiel und Freizeit gibt es nur in 28 Prozent der befragten Kommunen eine systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Meist sind ihre Mitspracherechte auf bestimmte Projekte beschränkt oder ihre Interessen werden sogar nur stellvertretend durch Kinder- und Jugendbeauftragte oder Gutachter in die Entscheidungsprozesse eingebracht.

Damit ist die Art der Beteiligung eine der größten Herausforderungen für die Kommunen bei der Umsetzung der Kinderrechte. Ein noch gewichtigeres Problem ist allerdings die Finanzierungsfrage. So ist es wenig überraschend, dass sich vor allem die kleineren Städte und Gemeinden in finanzschwachen Landkreisen durch Finanzierungsengpässe in ihrem Engagement für Kinderrechte limitiert sehen.

Kernaussagen in Kürze:

- Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Kommune mitreden dürfen, wirkt sich das positiv auf das gesellschaftliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt oder Gemeinde aus.
- So bestätigen fast 86 Prozent der befragten Kommunen, dass ihr Engagement für Kinderrechte den Zuzug von Jüngeren und Familien beflügelt hat.
- Gleichwohl hapert es oft an der Umsetzung von Kinderrechten: Nur knapp die Hälfte der befragten Kommunen konnte einen entsprechenden Aktionsplan oder ein konkretes Maßnahmenpaket zur Verwirklichung der Kinderrechte vorweisen.